

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

25.11.1924 (No. 276)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. u. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühren: 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Abrechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Abrechnung und direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bearbeitet. Bei Lagererhöhung, zwangsweiser Beibehaltung und Kontostückföhrung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von Höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Zu den Steuerermäßigungen

** In der Verordnung über wirtschaftlich notwendige Steuerermäßigungen vom 10. November 1924 hat der Reichspräsident angeordnet, daß die nach der II. Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 zu entrichtenden Einkommen- und Körperschaftsteuerbeträgen der Landwirtschaft und des Gewerbes um ein Viertel ermäßigt werden. Die Ermäßigung erfolgt erstmals an den für den Monat Dezember 1924 zu leistenden Vorauszahlungen. Es sind dabei folgende 3 Fälle zu unterscheiden:

1. Gewerbetreibende mit monatlicher Vorauszahlung. Die nach der 2. Steuernotverordnung am 10. Januar 1925 fällige Vorauszahlung für den Monat Dezember 1924 ermäßigt sich um $\frac{1}{4}$ auf $\frac{3}{4}$ ihres Betrags.
2. Landwirtschaft. Die am 15. November 1924 fällige Vorauszahlung für das IV. Vierteljahr 1924 ermäßigt sich um $\frac{1}{4}$ ihres Betrags, d. i. ebenfalls $\frac{1}{4}$ des von der Vierteljahresvorauszahlung auf den Monat Dezember 1924 entfallenden Teiles.
3. Gewerbetreibende mit vierteljährlicher Vorauszahlungsfrist. Die auf 10. Jan. 1925 fällige Vorauszahlung für das IV. Vierteljahr 1924 ermäßigt sich um $\frac{1}{4}$ ihres Betrags also ebenfalls $\frac{1}{4}$ des von der Vierteljahresvorauszahlung auf den Monat Dezember 1924 entfallenden Teiles.

Handelsvertragsverhandlungen

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wurden am Montag in Paris wieder aufgenommen. Die erste Sitzung dauerte etwa 3 Stunden, in deren Verlauf grundsätzliche Fragen erörtert wurden. Die in den nächsten Tagen in Aussicht genommenen Beratungen der deutschen und französischen Sachverständigen der Schwer- und Maschinenindustrie müssen um einige Tage hinausgeschoben werden, da die deutschen Sachverständigen nicht rechtzeitig in Paris eintreffen konnten. Die Verhandlungen der beiden Delegationen werden im übrigen fortgesetzt.

Gestern ist die elch-lehrerfrage besprochen worden. Man sei zu keiner Lösung gekommen, habe sich aber dahin geeinigt, daß das Studium dieser Frage Artikel für Artikel im Laufe der Verhandlungen über die Metallwaren, Eisen-, Textilwaren, Wein und Nahrungsmittel jeweils wieder besprochen werden. Im ganzen glaubt man, daß die Konferenz noch etwa fünf Wochen dauern wird.

Montag vormittag 10.15 Uhr wurden in London die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen begonnen. Die Sitzung wurde mit einer Begrüßungsrede des Handelsministers Sir Philip Lloyd George eröffnet, worauf der deutsche Botschafter Dr. Stahmer namens der deutschen Delegation antwortete. Die sachlichen Verhandlungen wurden darauf sofort begonnen.

Die deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen haben im Auswärtigen Amt zu Berlin begonnen. Die Leitung der Verhandlungen haben auf japanischer Seite der japanische Botschafter Honda, unterstützt vom japanischen Geschäftsträger im Haag, Botschaftssekretär Ito, auf deutscher Seite der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Knippling. Beide Leiter wiesen in ihrer Eröffnungsansprache darauf hin, daß diese Verhandlungen die Grundlage für die Wiederherstellung normaler und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern bilden würden. Es besteht vollkommene Übereinkunft darin, daß der alte deutsch-japanische Handelsvertrag von 1911 eine geeignete Basis für die Verhandlungen biete.

Bedauerliches Zeichen politischer Unruhe. Aus Sagen i. Westfalen wird ein Ereignis berichtet, das auf die politische Lage gewisser Volksteile ein besonderes Licht wirft. Dort hatten lustige Stammtischbrüder zur Stadtverordnetenwahl eine „kommunal-soziale Bürgergemeinschaft“ gegründet und als Kandidaten einen Hauptmann H. aufgestellt. Die Wahl ergab die Tatsache, daß diese als Bierull gedachte Liste über 900 Stimmen erhielt, womit H. gewählt war! Die Stadtverordnetenversammlung erklärte die Wahl für ungültig und der Bezirksausschuß in Arnberg hat die von H. hiergegen erhobene Klage abgewiesen. Es wurde festgestellt, daß dem Wahlvorschlag die erforderlichen zehn Unterschriften fehlten, da mehrere Unterschriften zurückgezogen waren und andere sich als gefälscht erwiesen. H. will nunmehr das Oberverwaltungsgericht anrufen.

Oberschlesische Insurgenten vor dem Reichsgericht. Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig begann am Montag eine Reihe von Hochverratsprozessen gegen Mitglieder des Insurgentenverbandes in Oberschlesien. Im ganzen handelt es sich um etwa 90 Angeklagte. Zunächst hat sich der Hauptangeklagte, der 23jährige Expedient Emil Wieczorek aus Kujaw in polnisch-Oberschlesien unter der Beschuldigung zu verantworten, im In- und Auslande in den Jahren 1923 und 1924 die gewalttätige Lösung von Deutschoberschlesien und seine Angliederung an Polen vorbereitet zu haben und zwar durch seine Tätigkeit als Vorsitzender einer Ortsgruppe des Insurgentenverbandes. Dieser Verband, dem 15 000 Mitglieder angehörten, erstreckte sich sowohl über Deutsch- als Polnisch-Oberschlesien.

*Moskau und Ägypten

Das neue britische Kabinett hat bereits in zwei wichtigen Angelegenheiten Gelegenheit gehabt, seine Tatkraft und seine Staatskunst zu erproben. Der Aufwand an Entschlossenheit, der dabei zu beobachten ist, wird in der ganzen Welt Anerkennung hervorrufen. Ob bei einer diplomatischen Beurteilung des englischen Verhaltens sich die gleiche Neigung zum Lob rechtfertigen läßt, das bleibt allerdings eine offene Frage. Erst der Erfolg wird zeigen, ob das neue britische Kabinett staatsmännisch richtig gehandelt hat.

In beiden Fällen, im Fall des Sinowjewbriefes und im Fall des Attentats in Kairo, befand sich Baldwin in einer Zwangslage. Das Prestige seines Landes und die Rücksicht auf dessen Lebensinteressen geboten ein scharfes Eingreifen. Aber immer wird es eines der schwierigsten Probleme der Staatskunst sein, das Ausmaß dieser Schärfe richtig zu bestimmen. Drei energische Maßnahmen können noch gut sein, die vierte ist vielleicht schon von Abel, weil sie die Situation nur noch mehr verwirrt und neue, bis dato nicht geahnte Konfliktmöglichkeiten heraufbeschwört. Es wäre jedoch voreilig, zu sagen, daß das Kabinett Baldwin Moskau und der ägyptischen Regierung gegenüber den Bogen überspannt hat. Denn wir wissen nicht, wie die Informationen der Londoner Regierung sind, und wir wissen auch nicht, was für sie ihrer Meinung nach auf dem Spiele steht. Es wird also der Erfolg, der einzig brauchbare Maßstab bei der Beurteilung politischer Aktionen, abgewartet werden müssen.

Daß das Londoner Kabinett an sich entschiedene Maßnahmen treffen mußte, kann keinem Zweifel unterliegen. Keine Großmacht kann es sich gefallen lassen, daß die Regierung eines anderen Landes, mit dem man die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen hat, und mit dem man in bedeutenden Vertragsverhandlungen steht, die Bevölkerung dieser Großmacht zum gewalttätigen Sturz der Regierung, zur Revolution aufputschen läßt. Und keine Großmacht kann es ungestraft hinnehmen, daß der höchste Militär, den sie in einem anderen Lande antieren läßt, aus politischen Gründen von feigen Meuchelmördern niedergeschossen wird.

Die Sympathie der Welt wird in dem ersten Falle, der Moskau betrifft, sich wohl ziemlich restlos England zuwenden. Im anderen Falle, der Ägypten betrifft, werden sich manche die Frage vorlegen, was wohl England, das ja schließlich vom ägyptischen Nationalismus als Verräter empfunden wird, getan haben mag, um in der ägyptischen Bevölkerung einen so tödlichen Haß auszulösen. Andererseits ist und bleibt für jeden Menschen diese türkische Ermordung des Sirdars eine Rufschandtat, die noch schwerer zu verurteilen ist, wenn man bedenkt, daß der ermordete britische Oberbefehlshaber viele gute Eigenschaften besaß, die ihn in Ägypten geradezu beliebt gemacht haben. Ferner darf man auch nicht außer acht lassen, daß Ägypten sich ja doch nicht allein regieren kann und deshalb für absehbare Zeit immer bis zu einem gewissen Grade Ausbeutungsobjekt einer europäischen Großmacht sein wird. Ist es nicht England, so wird es Frankreich sein, das dort herrscht. Und die französische Herrschaft würde mindestens denselben Groll erzeugen.

Die beiden Fälle haben bewiesen, daß die menschlich durchaus zu billige Nachsicht, die das Kabinett MacDonald den Russen und Ägyptern entgegenbrachte, übel gelohnt worden ist. Und wohl auch in der Erregung darüber hat das britische Kabinett Entscheidungen gefällt, die sich an Schärfe kaum mehr überbieten lassen. In der Angelegenheit des Sinowjewbriefes hat die Moskauer Regierung zwei Noten hinnehmen müssen, die sie gewiß nicht hinter den Spiegel stecken wird. Und wer nur noch einen Funken von Gerechtigkeitsgefühl besitzt, wird ausgehen müssen, daß diese Noten wirklich verdient waren, zumal die Sowjetregierung selbst dann, als ihre Machenschaften schon aufgedeckt waren, es noch für richtig hielt, aufs hohe Ross zu steigen und es mit allerlei slawischen Winkelzügen zu versuchen. Das britische Kabinett hat sich dadurch nicht im geringsten imponieren lassen und hat moralisch in der ganzen Sache jedenfalls den Erfolg davongetragen. Im Zusammenhang mit den Befehlen über völkerrechtlichen Anstand hat die Moskauer Regierung auch die Tatsache, daß der englisch-russische Vertrag dem Parlament nicht zur Annahme empfohlen werden wird, hinnehmen müssen. Und, so wie die Dinge liegen, hätte Rußland von diesem Vertrag sicher den größeren Nutzen gehabt.

Da die ägyptische Regierung nicht alle Punkte des britischen Ultimatus akzeptiert hat, hat London den Generalgouverneur in Ägypten mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet und ihm auch die nötigen militärischen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt, um mit Gewalt das durchzudrücken, was das Londoner Kabinett, wohl in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung seines Landes, für zweckmäßig hält.

Politische Neuigkeiten

Die Finanzpolitik des Reichs

Der Reichsfinanzminister gemahnte dem Berliner Vertreter der „Magdeburger Zeitung“ über die Finanzpolitik der Reichsregierung eine Unterredung, worin der Minister u. a. erklärte:

Ich habe bis zur Erreichung der neuen, auf Goldwährung gegründeten Währung, die wir jetzt haben, die Frage der Erhaltung der sehr empfindlichen Zwischengewährung in den Mittelpunkt meines ganzen Denkens und Handelns gestellt. Auch jetzt darf die Währungsfrage keinen Augenblick vergessen werden. Aber wir müssen auch die großen Veränderungen im Auge behalten, die jetzt eingetreten sind. So zahlen wir z. B. jetzt aus dem Haushalt keine Besatzungskosten mehr, und wir müssen nicht mehr dazu beisteuern, daß die Reparationsausgaben aus dem Haushaltsplan einsehen und zwar erst wieder durch Zinsanspruchnahme der Besatzungssteuer am 1. September 1925.

Wir müssen deshalb unsere ganze Finanzpolitik so einrichten, daß auch künftig wieder die steigenden Belastungen des Haushalts getragen werden können. Andererseits muß die Zwischengewährung ausgenutzt werden, um für unser inneres Wohlleben eine möglichst gesunde Grundlage zu schaffen. Gerade unter diesem letzteren Gesichtspunkt sind auch die ausländischen Einwendungen gegen die Steuerermäßigungen vollständig unverständlich, denn das sogenannte Moratorium des Sachverständigenplanes ist ja ausdrücklich deshalb vorgesehen, damit sich unsere Wirtschaft erholen soll. Der Staat allein kann das überhaupt nicht schaffen. Aber auch von Reichswegen würde manches durchgreifender gehen, sein und vieles wäre sicher heute schon klarer, wenn nicht die Reichstagsauslösung gerade in demselben Zeitpunkt gekommen wäre, wo eine Wegbreitung durch den Abschluß der Dawesanleihe eingetreten war. Was die Reichsregierung von sich aus vermochte, hat sie getan. Nach Verabschiedung der Londoner Besche im Reichstag ist sofort die Umsatzsteuer um die Hälfte ermäßigt worden, und dem zuständigen Reichstagsausschuß ist damals der Vorschlag gemacht worden, den in wirtschaftlicher Not befindlichen Selbstgeheimern unter den Kriegsanleihebesitzern eine Rentemehrung zum Austausch anzubieten. Die Annahme des Vorschlages, die ja leider nicht erfolgt ist, hätte den kleineren Kriegsanleihebesitzern eine prozentige Verzinsung gebracht und damit sicher manche große Not gelindert. In den Steuerfragen wird der neue Reichstag noch viel zu tun haben. Besonders hoffe ich, daß mit einer dritten Senkung der Umsatzsteuer in absehbarer Zeit gerechnet werden kann. Was die Auswertungsfrage anbetrifft, so ist sie nur ein Teil der großen allgemeinen Frage, inwieweit eine Teilerlösbildung der Kriegs- und Inflationsoffer möglich ist. Die große Entscheidung, mit welchen Beträgen für diesen Zweck die Wirtschaft belastet werden kann, wird, nachdem durch die Reichstagsauslösung leider eine Verzögerung eingetreten ist, von der zukünftigen Reichsregierung und vom zukünftigen Reichstag zu treffen sein. Davon, daß diese Entscheidung nicht in die Irre geht, hängt nicht weniger als die ganze Zukunft des deutschen Volkes ab.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem ausführlich dargelegt wird, daß die deutsche Volkswirtschaft in ihrer gegenwärtigen Verfassung die ungeheuren steuerlichen Lasten für Reich, Länder und Gemeinden nicht weiter aufzubringen vermag. Nach den großen Opfern zur Überwindung des Währungschaos habe die Wirtschaft nunmehr eine Erholung nötig, um sich empor zu arbeiten und die unendlich schweren Lasten der kommenden Jahre tragen zu können. Bleibe die Belastung der Wirtschaft so wie sie jetzt ist, die nicht nur die erforderliche Neubildung von Wirtschaftskapital hindere, sondern das vorhandene allmählich aufzehre, so werde Deutschland der für sein Leben notwendige wirtschaftliche Aufstieg verweigert sein. Wenn aber die jetzigen Bedürfnisse des Reiches, der Länder und der Gemeinden nur bei einer solchen steuerlichen Belastung befriedigt werden könnten, dann erfordere es die Not der Zeit, daß einweilen der Aufgabekreis der öffentlichen Körperschaften eingekürzt werde, um Steuerlasten und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen. Nicht eine an unerbittlichen Steuerlasten dahinkommende, sondern nur eine wiederbelebte Volkswirtschaft könne den öffentlichen Verbänden die gewünschten Mittel nachhaltig zur Verfügung stellen.

Die französische Hundertmillionen-Dollaranleihe wurde in New York beträchtlich überzeichnet. Der Schluß der Zeichnung erfolgte 45 Minuten nach der Eröffnung.

Die Beamtengelder

Die Reichsausschüsse stimmten Montag vormittag der Auszahlung der vom Reichsfinanzministerium bewilligten Gehaltserhöhung für die Beamten zu. Seitens der Länder waren verschiedene Anregungen zugunsten der unteren Beamten gemacht worden. Mit Rücksicht auf die starken Rückwirkungen der Gehaltserhöhung auf die Reichseisenbahn und die Privatwirtschaft wurden diese Anregungen zurückgestellt.

Der „Vorwärts“ bringt eine Mitteilung vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, wonach die Lohnverhandlungen im Reichsfinanzministerium für die Betriebs- und Verwaltungsarbeiter des Reiches Montag nachmittag zum Abschluß gelangt sind. Die Lohnserhöhungen, die vom 16. November ab gelten, betragen zwischen 9 und 12 Prozent.

Die Kommunalwahlen in Oldenburg

Bei den Stadtratswahlen in der Stadt Oldenburg war die Wahlbeteiligung ziemlich mäßig. Sie betrug 60 Prozent. Das Ergebnis ist folgendes: Deutschnationale Volkspartei 7 (8) Sitze, Deutsche Volkspartei 13 (17) Sitze, Demokraten 7 (8) Sitze, Sozialdemokraten 8 (8) Sitze, Volksliste 1 (0) Sitze, Kommunisten 2 (2) Sitze, Zentrum 1 (2) Sitze.

Die Stadtratswahlen in Nordenham hatten folgendes Ergebnis: Auf die bürgerliche Liste entfielen 8, auf die sozialdemokratische 9 Sitze, auf die kommunistische 1 Sitz. Die Bürgerlichen hatten bisher 9 und die Sozialdemokraten auch 9 Sitze. Die Wahlbeteiligung betrug 80 v. H.

Bei der Stadtratswahl in Delmenhorst wurden insgesamt (Stadt und Stadtgebiete) gewählt: 18 Bürgerliche (bisher 16), 12 Sozialdemokraten (bisher 14), und ein Kommunist (bisher 1).

Die Stadtratswahlen in Fever zeigten folgendes Bild: Wirtschaftliche Verbände 9 Sitze (1 Sitz verloren), Sozialdemokraten 4 Sitze (wie früher), Beamtenschaft 2 Sitze, Bürgervereine 2 Sitze (neu), Volksliste 1 Sitz.

In Wexen: Bürgerliche 8 Mandate (bisher 7), Sozialdemokraten 6 (bisher 5), Kommunisten 1 (bisher 3).

In Brake erhielten die Bürgerlichen 10 Sitze, die Sozialdemokraten 8, bisher war das Verhältnis 9:9.

In Barel haben die Sozialdemokraten je einen Sitz an die Bürgerlichen und an die Kommunisten abgeben müssen; sie verfügen über 5 Sitze, während die neue bürgerliche Einheitsliste 10 und die demokratische 2 Sitze aufweist; die kommunistische gewinnt 1 Sitz.

England und Ägypten

Nach einer Neutermeldung aus Kairo, hat das ägyptische Kabinett demissioniert. Der König hat die Demission angenommen und den Senatspräsidenten Bismar-Basha mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut. Die Sprecher der Opposition beschuldigten Jaglal der Schwäche; er habe die Würde des Landes nicht gewahrt. Das neue Ministerium ist aus gemäßigten Elementen zusammengesetzt. Die Entlassung der ägyptischen Offiziere und Einheiten aus dem Sudan schreitet planmäßig fort. Man hält es für wahrscheinlich, daß die politische Lage sich neu gestalten und weitere britische Maßnahmen nicht notwendig werden. Bismar sei als gemäßigter Mann allgemein beliebt. Er war Minister in mehreren Kabinetten und früher Gesandter in Rom. Die Zahlung der Entschädigungssumme von einer halben Million Pfund Sterling durch die ägyptische Regierung ist Montag Vormittag erfolgt. Wenby ist jetzt Herr der Lage. Der Sudan steht unter Kriegsracht. Wenby ist besorgt, alles zu tun, was er für ratsam hält.

W.L. London, 25. Nov. Neuter meldet aus Kairo vom 24. November, 8.15 Uhr abends, die Klammung des Sudans durch die ägyptischen Offiziere und Mannschaften sei planmäßig im Gange. Ein englisches Bataillon habe nachmittags in Kairo eine Parade veranstaltet. Das ägyptische Parlament habe einen Ausschuss ernannt, um die von der Opposition und den Anhängern Jaglals unterbreiteten Anträge zu prüfen und eine Protestkundgebung zu entwerfen, die dem Hause vorgelegt werden solle.

W.L. London, 25. Nov. Daily Mail meldet aus Kairo vom 24. d. M., 7.15 abends, in Port Said hätten sich einige Anzeichen von Unruhen bemerkbar gemacht. Britische Flugzeuge seien an Ort und Stelle erschienen, worauf sich die Menschenmassen zerstreut hätten.

Neuter meldet aus Kairo vom 24. November, 11 Uhr abds.: Das ganze Land ist jetzt vollkommen ruhig. Man ist allgemein der Ansicht, daß das Parlament ein Vertrauensvotum für die neue Regierung annehmen wird. Die Atmosphäre hat sich außerordentlich gebessert und die Lage ist jetzt nicht mehr als beunruhigend zu bezeichnen.

Gründung einer Geographischen Gesellschaft in Karlsruhe

Die Geographie gehört zu den ältesten Wissenschaften, Länder- und Erdbeschreibungen gibt es, seitdem es eine Literatur überhaupt gibt. Aber als vollberechtigtes Mitglied ist sie in den Kreis der modernen Wissenschaften erst in der letzten Hälfte des verflohenen Jahrhunderts getreten. Noch ist ihre Bedeutung nicht überall richtig gewürdigt. Geographische Bildung und geographische Kenntnisse sind daher in unserem Volk und gerade auch in dessen führenden Schichten außerordentlich gering. Dabei ist das Interesse der Jugend für die Beschreibungen fremder Völker und Länder, für Forschungs- und Entdeckungsergebnisse außerordentlich groß. Bild- und Filmvorträge über das Ausland und die Heimat sind stets gut besucht. Nach der Seite geschieht nun in Karlsruhe manches. Was aber völlig fehlte, das war ein Organ zur Pflege der wirtschaftlichen Geographie und deren Ausbreitung für die praktischen Berufe und für die Schule. Wie weit stand da Karlsruhe bisher hinter der Hauptstadt des Nachbarlandes Württemberg zurück. Dort besteht das rühmlichst bekannte Deutsche Auslandsinstitut, daneben aber auch der rührige Verein für Handelsgeographie und das schöne Lindenmuseum. Auch in Mannheim, Heidelberg, Freiburg bestehen geographische Vereine. In Karlsruhe gab es gar nichts dergleichen und doch stand einmal die badische Landeshauptstadt weit über ihnen allen auf diesem Gebiet. Im Jahre 1880 war in Karlsruhe die Badische Geographische Gesellschaft ins Leben gerufen worden, als eine der ältesten dieser Gesellschaften überhaupt und sie gehörte bald zu einer der angesehensten Deutschlands. Forschungsreisen von dem Rufe Alfred Kirchhoff, Friedrich Kappel, Alfred Dettner haben hier vorgezogen. Forschungsreisen wie der pfaffenweiser Schlagintweit oder der Afrikaforscher Gerhard Rohlfs haben hier berichtet, um einige der berühmtesten Namen zu nennen. Manche lebende Anregung ist von der Gesellschaft ausgegangen, wir erinnern nur an die „Badische Bibliothek“, das bekannte Nachschlagewerk von Kienig und Wagner. Ihren Höhepunkt erlebte die Gesellschaft im Jahre 1887, als es ihr gelang, den 7. deutschen

Kurze Nachrichten

Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Gilbert, ist in Paris eingetroffen.

Die interalliierte Finanzministerkonferenz. Der Pariser „Temps“ meldet, daß die auf der Londoner Konferenz vorgesehene Beratung der interalliierten Finanzminister nicht vor Mitte Dezember stattfinden wird. Die amerikanische Regierung werde offiziell vertreten sein, da sie das Verlangen stellte, an den nach dem Dawesplan geleisteten Zahlungen gleich beteiligt zu werden und zwar einmal, um die Rückzahlung der Weisungskosten, zweitens um die Entschädigung für die Sachschäden zu erlangen, die amerikanischen Staatsbürger während des Krieges erlitten.

Der Nachfolger Desauttes. Der Oberbefehlshaber der Weisungstruppen im Rheinland, Guillaumat, hat Paris verlassen und wird heute Vormittag in Mainz eintreffen.

Die Hauszinssteuer in Preußen. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird der in diesem Rechnungsjahre in Preußen aus der Hauszinssteuer, für die Förderung der Neubautätigkeit zur Verfügung stehende Betrag auf rund 200 Millionen Mark geschätzt. Die Zahl der aus diesen öffentlichen Mitteln zu errichtenden Wohnungen läßt sich zur Zeit nicht abschätzen. Doch darf angenommen werden, daß diese Zahl nicht unter 50 000 bleiben wird.

Der Streik der Dreher der Berliner Siemens-Werke, die vor fast drei Wochen zur Stilllegung des ganzen Dynamo-Werkes mit einer Belegschaft von fast 4000 Arbeitern führte, ist zu Ende. Die Dreher werden die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen und nach Maßgabe des Betriebes wieder eingestellt werden.

Die englischen Seeleute protestieren in einer Entschiedenheit gegen den Vorschlag, die Beschäftigung deutscher Seeleute auf britischen Schiffen zu gestatten. Gegenwärtig seien über 24 000 britische Seeleute arbeitslos.

Der britische General Fens-Pu-Long ist in Peking angekommen. Man berichtet, daß er die Absicht habe, zu demissionieren und den Oberbefehl über die Truppen dem Kriegsminister anzuvertrauen. Wie man behauptet, will er eine Reise nach Europa und Amerika antreten.

Badischer Tell

Zum Rücktritt Dr. Riesers

Der Staatspräsident hat am 6. November d. J. an den auf 1. Mai 1925 in den Ruhestand tretenden Vobisihen Gesandten in Berlin Birk. Geh. Rat Dr. Rieser folgendes Handschreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Gesandter!

Das Staatsministerium hat auf Ihre Ansuchen vom 23. Oktober 1924 Ihre Zurücksetzung auf den 1. Mai 1925 ausgesprochen und den nachgesuchten zweimonatigen Urlaub vom 1. März 1925 an gewährt.

Ich bedere mich Sie hiermit in Kenntnis zu setzen und benütze gerne diesen Anlaß, um Ihnen für die in vielen Jahren dem badischen Staate geleisteten ausgezeichneten Dienste die besondere Anerkennung und den Dank der Staatsregierung auszusprechen. Durch ein arbeitsreiches, von tiefer Pflichtauffassung erfülltes Wirken haben Sie sich in hohem Maße um unser Vaterland verdient gemacht. Möge es Ihnen vergönnt sein, den wohlverdienten Ruhestand nach langer Jahre in bester Gesundheit zu genießen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr ganz ergebener

Dr. Köhler, Staatspräsident.

Darlehen an Ausgewiesene von Rhein und Ruhr

Die in der Bekanntmachung vom 14. Oktober 1924 (Staatsanzeiger vom 16. Oktober) festgesetzte Anmeldefrist für Anträge auf Gewährung von Darlehen zur Aufzucht ihrer Existenz an Ausgewiesene von Rhein und Ruhr ist um 1 Monat verlängert worden, so daß als letzter Anmeldetag der 30. November 1924 zu gelten hat.

Geographentage in den Mauern Karlstrufes abzuhalten, auf dem Männer wie Gossell, Göttsch, Kirchhoff Vorträge hielten. Nicht weniger als 500 Mitglieder zählte damals die Gesellschaft und das zu einer Zeit, als Karlsruhe nur 50 000 Einwohner aufwies. Leider ist diese Gesellschaft nach dem Tode ihres bediensteten Gründers, Geh. Legationsrat Dr. Garbe eingegangen, nur Trümmer retteten sich ins neue Jahrhundert.

Wenn sich daher am Donnerstag, den 20. November, ein Kreis von etwa 30 Herren in dem Gebäude der Handelskammer versammelte, um eine Geographische Gesellschaft Karlsruhe ins Leben zu rufen, so handelt es sich nicht um ein völlige Neugründung, sondern um die Anknüpfung an Vergangenes, um die Nachholung von Versäumtem. Es waren zur Gründungsversammlung Vertreter von Handel und Industrie, des Handwerks, der Lehrerschaft der Volksschulen und der höheren Schulen, der Handelsschule, von Behörden und Korporationen erschienen. Besonders lebhaft wurde es begrüßt, daß Oberbürgermeister Dr. Finter sein Interesse durch sein Erscheinen bekundete.

In einem eingehenden Referat setzte Generaldirektor Dr. Rühl die Gesichtspunkte auseinander, die für die Gründung der Gesellschaft für die Wirtschaft; ohne sie und ihre Pflege ist eine auf die Beziehungen zum Ausland gestellte Volkswirtschaft heute nicht denkbar. Er betonte aber auch die kulturelle Bedeutung dieser Wissenschaft, ihre Bedeutung für unsere nationale Bildung. In diesem Zweck sei aber auch die Pflege der Kenntnis des Vaterlandes notwendig. Es sollen alle Seiten der Geographie gepflegt werden, die Wirtschaft und Kulturgeographie aber durchaus im Vordergrund stehen. Den Aufgaben soll die Gesellschaft vor allem durch Vorträge, daneben durch Ausflüge und Studienreisen gerecht werden. Reglat Dr. Rühl wies auf die Kulturmission hin, die der Stadt Karlsruhe durch die veränderte Lage und die Lage an der Grenze erwachse und betonte, daß mit der Gründung der Wiederbelebung einem der größten Söhne unserer Stadt, Friedrich Kappel, das schönste Denkmal gesetzt werde. Seine Ideen sollen nicht untergehen.

Der Freiburger Kommunistenprozess

10. Verhandlungstag

W.L. Freiburg, 24. November.

In der Nachmittagsitzung ergriff als erster Redner der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sedel-Frankfurt a. M., der die Angeklagten Hermann Herbst, Roth, Geh, Vogt, Kobl-brenner und Treiseisen verteidigt, zu seinem Plaidoyer das Wort. Er führte u. a. folgendes aus: Entsprechend dem Antrag der Verteidigung zu Beginn der Prozessverhandlungen wurde auch heute noch der Gerichtshof von den Angeklagten nicht als unbefangenen betrachtet. Der Gerichtshof habe einmal im Laufe der Verhandlung das Recht der Notwehr betont. Demgegenüber müsse die Verteidigung nachdrücklich auf das Recht der Notwehr der arbeitenden Klassen gegenüber der aufkommenden Zukunft hinweisen. Der Redner verbreitete sich dann eingehend über die Not der Arbeiter, in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres, die beispielsweise gegenüber den Beamten so gut wie überhaupt nicht bezahlt worden seien. Jene Unruhen seien von den Arbeitern nicht verursacht, sondern lediglich der Hunger sei die Triebkraft dazu gewesen. Daran seien insbesondere die Unternehmer nicht schuldlos gewesen. Die Massen seien nicht eine durch irgend welche Führung zu jenen Unruhen getrieben worden, sondern durch das Verhalten der Arbeitgeber. Von einem Bürgerkrieg ufm. könne man bei jenen Unruhen überhaupt nicht reden. Die weiteren Ausführungen des Verteidigers bewegten sich größtenteils auf politischem Gebiet, wobei hauptsächlich die Gedankengänge des Kommunismus über die Entwicklung der Gesellschaft und die Ziele der Kommunisten im Mittelpunkt standen. Dabei wurde unter anderem auch die Diktatur als ein Nebengangsziel für die Aufrichtung des kommunistischen Staates bezeichnet. Dr. Sedel versuchte, nachzuweisen, daß diese faschistische Gefahr wirklich bestand. Er gab zu, daß die Kommunisten dieser Gefahr gegenüber zum Kampf vorbereitet haben, und daß im Falle eines solchen Kampfes die Kommunisten nicht dabei stehen geblieben wären, die faschistische Diktatur zu befestigen, und die vorher bestehenden Zustände wieder herzustellen, sondern ihrerseits versucht hätten, die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Das sei jedoch kein hochverräterisches Unternehmen. Nicht die wegen der Unruhen beschuldigten, sondern die Arbeitgeber, die ihr am 14. September gegebenes Versprechen am 17. September brachen, verdienen die härtesten Strafen. Er schloß seine Ausführungen zu dem Falle Herbst mit dem Antrag auf Freisprechung. Bei den Angeklagten Roth, Kobl-brenner und Geh versuchte er den Nachweis, daß bei der Beurteilung ihrer Vergehen der Tatbestand des Hochverrates, des Sprengstoffverbot, sowie des unerlaubten Waffentragens in Wirklichkeit nicht vorliege, da sie ebenfalls nur in berechtigter Notwehr gegenüber der drohenden Aktionsbereitschaft der Faschisten gehandelt hätten. Die Angaben des Spießes Kobl-brenner bezeichnete er als durchaus unzuverlässig. Für Roth komme höchstens ein Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz in Betracht. Kobl-brenners Haltung bei der Handgranatenanfertigung sei vielleicht als Weisheit, höchstens aber als Mittäterschaft bei dem Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz zu betrachten. Dr. Sedel schloß sein 2 1/2 stündiges Plaidoyer mit dem Hinweis, daß seine Mandanten, für die man Zuchthausstrafe beantragt habe, wie bei gemeinen Verbrechern, nicht aus erster Ordnung gestimmt gehandelt hätten. Ein Vergleich mit Rechtsputzchen und deren gerichtlicher Sühne fordere entscheidende eine wesentliche gelindere Beurteilung, als sie nach dem Antrage der Reichsanwaltschaft zu erwarten wäre.

Die Verhandlungen werden Dienstag vormittag fortgesetzt.

11. Verhandlungstag

W.L. Freiburg, 25. Nov. Zu Beginn der Sitzung wurden zunächst noch einige nachträglich geladene Zeugen zum Falle Herbst vernommen. U. a. wurde Gottfried Greiter aufgerufen, der bei der Schießerei am 17. September von 7 bis halb 9 Uhr auf dem Reichsplatz war und dort den Angeklagten Herbst im Auge gehabt habe. Herbst habe kein Gewehr getragen, vielmehr zur Ruhe und Ordnung und zur Beendigung der Schießerei aufgefordert.

Sodann ergriff der Oberreichsanwalt Ebermayer nochmals zu einer kurzen Replik auf die gestrigen politischen Ausführungen des Verteidigers Dr. Sedel-Frankfurt a. M. das Wort. Er wies in diesem Zusammenhang die wie ein roter Faden sich durch das Plaidoyer Dr. Sedels hinziehende Auffassung von der Notwehr der kommunistischen Arbeiterkraft und seiner Behauptung, es habe bei jenen Unruhen und bei der schwierigen Aktion keine Führer und keine Geführten, sondern nur Masse gegeben, entschieden zurück. Weiter nahm er die deutsche Justiz gegen die Angriffe des Verteidigers in Schutz und stellte ihnen das Justizgebaren der sowjetrussischen Gerichte gegenüber. Bezüglich der Einwendung der Ver-

In der sehr lebhaften Aussprache, an der sich die Herren Oberbürgermeister Dr. Finter, Ministerialrat Holzmann, Regierungsrat Walter, Bankdirektor Fugel, Bibliotheksdirektor Dr. Kängin, Professor König, Hauptlehrer Beck, Handelschullehrer Decker und Elsas beteiligten, kam der einseitige Wunsch zum Ausdruck, die Gesellschaft möge bald an die Öffentlichkeit treten und weite Kreise als Mitglieder gewinnen. Die Mitgliedschaft soll sich nicht nur auf Karlsruhe erstrecken. Als vorläufiger Vorstand wurden gewählt: Generaldirektor Dr. jur. Rühl als 1. Vorsitzender, Großkaufmann Elsas als 2. Vorsitzender, Regierungsrat Dr. Metz als Schriftführer und Bankdirektor Fugel (von der Darmstädter- und Nationalbank) als Kassier. Zu Beisitzern wurden gewählt, Regierungsrat Walter, Professor König, Hauptlehrer Beck, Handelschullehrer Decker. Der Vorstand soll aber noch durch Vertreter anderer Berufe erweitert werden. Die Sitzungen der Gesellschaft werden sich an die der alten anlehnen. Als Mitgliedsbeitrag wurden 5 M. für Einzelmitglieder und ein Mindestbeitrag von 20 M. für Firmen und Korporationen in Vorschlag gebracht. Noch in diesem Winter werden eine Reihe von Vorträgen stattfinden, von denen angenommen werden kann, daß sie weite Kreise interessieren werden.

Die „Gesellschaft der Musikfreunde“ in Donaueschingen hat für die unter Leitung des Musikdirektors Heinrich Burkard stehenden dieswintertlichen Konzerte als Solisten gewonnen: Francis Arant, Budapest (Viol.), Josef Szjacti, Genf (Viol.), Joachim Stutschewski, Wien (Cello), Walter Rehberg, Heidelberg (Klav.), das Wendling-Quartett, Stuttgart, Heinrich Rehkemper, Stuttgart (Violon), ein Züricher Kammerorchester mit Othmar Schoel als Solist. — Zur Aufführung sind in Aussicht genommen: Dänkel, Concerto grosso; Rivaldi, Violinconcert; Boccherini, Celloconcert; Dittersdorf, Sereenade; je eine Symphonie von Haydn, Mozart und Beethoven; Weber, Konzertstück f-moll; Mendelssohn, Märchen von der schönen Melusine; Schumann, Celloconcert; Goldmark, Violinconcert; Liszt, Klavierkonzert a-bur; Rolo, Spanische Symphonie; Sibelius, Finlandia; Jos. Haas, Feitete Sereenade; Wagner, III. Symphonie. — Das 5. Donaueschinger Kammermusikfest findet im Juli 1925 statt.

zeitigung gegenüber den Strafanträgen der Reichsanwaltschaft, daß gegen Angeklagte, die nicht aus ehrlöcher Gesinnung gehandelt hätten, keine Zuchthausstrafen verhängt werden könnten, bemerkte der Oberstaatsanwalt, daß dieser Satz insofern Rechnung getragen sei, weil bei keinem der Angeklagten die Überlegung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt worden sei, wozu die rechtliche Lage an sich die Reichsanwaltschaft ermächtigt hätte.

Alsdann ergriff Rechtsanwalt Dr. Sedel-Frankfurt a. M. nochmals zu einer längeren Erörterung das Wort. Besonders lebhaft verteidigte er die hochschulische Justiz, die er in verschiedenen Punkten, wenigstens beim Strafollzug, als humaner wie die deutsche Justiz hinzustellen sich bemühte. Die über die russische Justiz verbreiteten Nachrichten bezeichnete er als Schauer- und Augenmären der sozialdemokratischen Presse.

Darauf legte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Lesser noch gegen einige Behauptungen der Verteidigung bezüglich seiner geringen Ausführungen zu den Strafanträgen Verwahrung ein. Dr. Sedel kam dann nochmals im Zusammenhang mit den großen Zeugenausagen auf den Fall Herbst zurück, wobei er zugab, daß die Beweisurteile der Verteidigung nicht glücklich gewesen seien, jedoch seien auch die belastenden Aussagen, vor allem der Zeugin Hörner, auf keinen Fall glaubwürdiger als die der Entlastungszeugen.

Darauf ergriff der Verteidiger Rechtsanwalt Grumbach, der die Angeklagten Schumacher und Betting vertritt, zu seinem Plädoyer das Wort. Im Falle Schumacher warnte er davor, die belastenden Aussagen des Spitzels Köberle, der eine durchaus unwahre Natur sei, nicht allzu schwer in die Waagschale zu legen. Auch die hochschulischen Anmerkungen, um die der Angeklagte gewußt haben sollte, seien nicht sehr ernst zu nehmen, da im Leben Vieles gesagt und getan werde, was streng genommen, Hochverrat sei. In den Vörräcker Unruhen übergehend, erklärte Grumbach, daß diese Unruhen völlig von der politischen Seite des Prozesses zu trennen seien. Die Unruhen seien spontan aus Hunger, nicht aber aus irgend welchen politischen Motiven ausgebrochen. Rechtsanwalt Grumbach erklärte in diesem Zusammenhang an, daß nach der Versicherung aus glaubwürdiger Quelle, die Schupo in jenen Tagen in Vörrach, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, treu ihre Pflicht getan und sich trotz häufiger Beschimpfungen sehr zurückhaltend benommen hätte. Ausführlich behandelte der Redner die wirtschaftliche Lage der Wiesentäler Bevölkerung und den Gegensatz zwischen der Armut der Arbeiterschaft und dem Reichtum der dortigen Unternehmer. Er nahm dabei entchieden den Standpunkt der Nothwehr der Arbeiter ein, wenigstens soweit die Vörräcker Unruhen dabei in Betracht kommen, aber auch die falsche Gesetze von der die Arbeiter sich vielfach bedroht fühlten, sei keine Scheingefahr. Der Verteidiger beantragte für beide Preisprechung. In seinem Schlusswort warnte Rechtsanwalt Grumbach schließlich ganz allgemein den Gerichtshof, den Anträgen der Reichsanwaltschaft im vollen Umfange stattzugeben, da in weiten Volksteilen die Ansicht, wie diese Anträge sie vorsehen, im Hinblick auf zahlreiche Urteile gegen Reichsrechte nicht verstanden werden würden.

Lehrkurs für Einheitskurzschrift

Mit Beginn des Schuljahres 1925/26 kommt als Kurzschriftsystem an den Höheren Schulen Lehrerbildungsanstalten und Handelsschulen nach Maßgabe der bisher für die einzelnen Schulstufen geltenden Vorschriften die Deutsche Einheitskurzschrift zur Einführung.

Zur Ausbildung von Lehrern für die Erteilung dieser Unterrichtsstunden werden die Einheitskurzschrift in Karlsruhe voraussichtlich im Januar 1925 ein mehrtägiger Lehrkurs veranstaltet werden. Zugelassen werden zu diesem Kurs solche an badischen staatlichen Höheren Schulen, Lehrerbildungsanstalten und Handelsschulen beschäftigte Lehrer und Lehrerinnen, die vollständig kurzschriftkundig sind.

Meldungen zur Teilnahme an dem Lehrkurs sind durch Vermittelung der Anstaltsleitungen bis spätestens 1. Dezember d. J. beim Unterrichtsministerium einzureichen.

Das Telegraphenbauamt Heidelberg

Durch verschiedene badische Zeitungen ging dieser Tage die Nachricht, daß die Wästel bestellte, das Telegraphenbauamt Heidelberg aufgelöst und mit dem Telegraphenbauamt Mannheim zu vereinigen.

Die Nachricht ist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, verfehlt. Es steht noch nicht fest, ob und wann das Telegraphenbauamt Heidelberg aufgelöst und mit einem anderen Telegraphenbauamt vereinigt wird.

Die weltpolitische Bedeutung der englischen und amerikanischen Wahlen für Deutschland unterzucht in einem kürzlich erschienenen Vortrag der deutschen demokratischen Partei Professor Holl, der dabei ein sehr lehrreiches Bild der sich anbahnenden neuen Weltkonstellation gab. England und Amerika sind im Begriffe, sich zu nähern und es ist nicht daran zu zweifeln, daß aus der gegenwärtigen Interessengemeinschaft eine mehr oder minder bewußt und öffentlich betriebene Arbeitsgemeinschaft sich ergeben wird. Dies aber bedeutet die angelsächsische Hegemonie in der Weltpolitik. Deutschland — mag es das begründen oder beklagen — kann, wenn es realpolitisch handeln will, daran nicht vorbeigehen. Es muß sich im Gegenteil schon jetzt darauf einstellen und das angelsächsische Übergewicht als wichtigsten Faktor in seinen politischen Berechnungen berücksichtigen. Professor Holl, der damit also eine angelsächsische Orientierung der deutschen Außenpolitik das Wort redet, zeigte in seinem Vortrag zunächst, wie die Wahlen in England und Amerika das gleiche Ergebnis hatten, sie stellten im wesentlichen das Zweiparteiensystem wieder her, die sitzenden Parteien sind ideologisch konservativ, doch keineswegs reaktionär eingestellt, aber dafür praktisch orientiert. Sie wollen im Innern ruhige Fortentwicklung und Arbeitsfrieden, sind sozial verständnisvoll und denken liberal. Auch außerpolitisch sind England und Amerika sichlich bestrebt, sich einander zu nähern. Wie das amerikanische Interesse an Europa in der Hauptsache ein wirtschaftliches ist, zumal die amerikanischen Kriegsgewinne nach Ablauf und Beseitigung suchen müssen und Europa auf Amerika angewiesen ist, so sucht auch jetzt England an Amerika Annäherung, um sich als gleichbedeutender Faktor mit ihm in die Weltwirtschaft zu teilen. England verzinst und amortisiert trotz schwerster Belastung seine in Amerika während des Krieges aufgenommenen Anleihen, es will nicht dauernd Schuldner bleiben. Baldwin, der neue englische Premier, war zu Zeiten der Gewaltpolitik Boincares bereit, Europa dem Chaos zu überlassen. Heute will und muß er zwar gleichfalls das Standbein des britischen Kolosses in das britische Weltreich verlegen, braucht aber gerade dazu die Stabilität und Kontinuität der Verhältnisse in Europa. Auch England will wie Amerika Europa in seine Inter-

Vorträge für Polizeibeamte in Mannheim

Das Kuratorium der „Polizeitechnischen Hochschule“, das mit Unterstützung der Freien Vereinigung für Polizeitechnik und im Zusammenwirken mit dem Landespolizeiamt im letzten Sommer eine Reihe von Vorträgen in Karlsruhe veranstaltete, ist nunmehr dazu übergegangen, auch in anderen Städten des Landes solche Hochschulpvorträge, die insbesondere den Polizei- und Gendarmeriebeamten Anregungen und Belehrungen für ihren Dienst bieten sollen, abzuhalten. Die erste Reihe dieser Vorträge hat dieser Tage in Weinheim begonnen, wo Herr Professor Dr. Brauer von der Technischen Hochschule Karlsruhe zur Einführung über allgemeine volkswirtschaftliche Fragen sprach. Die weiteren Vorträge sollen sich im Laufe der nächsten Wochen dieser Einführung anreihen. Die Ausführungen des Herrn Professors Dr. Brauer wurden von den zahlreich anwesenden Zuhörern mit besonderem Interesse und lebhaftem Beifall entgegengenommen.

Landesverband für Pferdebezug und Prüfung

Am Sonntag fand in Offenburg eine Tagung des Landesverbandes für Pferdebezug und Prüfung statt. Es handelte sich darum, Richtlinien zu finden für die Einreichung von Pferden bei den landwirtschaftlichen Messen in Baden. Bekanntlich können für diese Messen die Regeln des Union-Clubs für das Reich, der Berufsrennferde umfasst, nicht gebraucht werden und man muß sich den länderlichen Verhältnissen anpassen, wenn man Wert darauf legt, daß die länderlichen Pferde überhaupt auf diesen Messen erscheinen sollen. Es ist, so wurde gesagt, nicht möglich, daß diese länderlichen Pferde mit Berufsrennferden oder mit Voll- und Halbblütern in Konkurrenz treten. Es kam auch ein Kompromiß zustande, und es muß die Praxis zeigen, wie sich die Vereinbarungen bewähren. Der Landesverband für Pferdebezug und Prüfung hat sich um die Hebung der Pferdebezug in Baden verdient gemacht. Unter anderem wurde im Unterland der sogenannte Oldenburger Schlag, im Schwarzwald ein besonderer Schlag Pferde für den Abtransport des Holzes, eingeführt. Diese Pferde eignen sich auch für die Messen. Bei den Messen soll ferner der Trabersport gepflegt werden, und der Landesverband wird 10 Trabermägen anschaffen und sie den entsprechenden Vereinen zur Verfügung stellen. Man hofft auch, daß auch die Seidenweber Zucht sich den Bestrebungen des Verbandes anschließt.

Aus der Landeshauptstadt

Die Denkmalsfrage der badischen Leigrenadiere, zu der vor drei Jahren einige Kameraden aus dem Felde den Antrag gegeben haben, ist nunmehr einen bedeutenden Schritt vorwärts gekommen. Das Preisauschreiben des Karlsruher Hauptauschusses ehemaliger Leigrenadiere zeitigte über 65 Denkmalsentwürfe, die im Obergeschloß der städt. Ausstellungshallen bis einschließlich 7. Dezember ausgestellt und so der breiteren Öffentlichkeit zugänglich sind. In dem genannten Räume versammelte sich am Sonntag vormittag ein größerer Kreis geladener und interessierter Gäste zu einer öffentlichen Erörterung. Wir bemerkten Oberbürgermeister Dr. Finter, den Präsidenten der Oberpostdirektion, Geheimrat Kämmlin, Johann Vertreter des Karlsruher Offiziersvereins und des Leigrenadierevereins. Auch eine Reihe prominenter Persönlichkeiten anderer Kreise war zugegen. Namens des Ausschusses trachtete Architekt Detlef herliche Begrüßungsworte an die Versammelten. Er wies nach einem kurzen Rückblick auf die Vorgeschichte darauf hin, daß heute eigentlich der Grundstein zu dem Denkmal gelegt werde, und dankte insbesondere den Künstlern, die ihr Bestes gegeben haben, um für das LeigrenadiereDenkmal einen der 120jährigen Geschichte entsprechenden würdigen Ausdruck zu finden. Am Freitag hat das Preisgericht seines schweren Amtes gewaltet und den ersten Preis dem Entwurf der Architekten Professor Gruber und Guimann-Karlsruhe mit dem Motto Greif II zugelegt. Dieses Projekt soll nach dem einstimmigen Beschluß des Ausschusses auch ausgeführt werden. Es wird ein 18 Meter hoher Obelisk aus Granit sein, gekrönt mit dem Helmgreif der Leigrenadiere aus Bronze. Die Kosten dürften sich auf etwa 40 000 Mark belaufen. Der Greif, so führte der Redner aus, solle ein Symbol sein für den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes. Von den Behörden erhoffe er tatkräftige Unterstützung des Werkes, namentlich vonseiten der Stadtverwaltung. Das Denkmal soll nicht nur den Gefallenen an gedenken, sondern auch zur Fierde des Stadtbildes dienen. An die Ansprache schloß sich ein Rundgang, bei dem man manch schönen und sinnigen Entwurf bewunderte, aber auch feststellen konnte, wie schwierig es ist, angesichts der tuchigen Architektur der Fassade des Hauptpostgebäudes, in dessen Bereich das Denkmal zu stehen kommt (Ede Kaiser- und Douglasstraße) das Richtige zu treffen. Die Platzfrage ist insofern glücklich

effen, häre einbezogen. Es wird eine neuen Erschütterungen durch eine pincaristische Gewaltpolitik brauchen können und Gerriet deshalb stügen. Professor Holl gab ferner in seinem Vortrag ein interessantes Bild der gesamten Weltlage, wobei er insbesondere zeigte, wie auch im Stillen Ozean die amerikanischen und englischen Interessen sich an nähern. Auch in der Frage der interalliierten Schulden laufen die englisch-amerikanischen Interessen parallel wie in den wichtigsten Völkerrechtsfragen. Dazu paratieren auch die Zusammensetzung des englischen Kabinetts, wie der Vortragende im einzelnen zeigte, eine stetige und zielklare Politik.

Die Schneeverhältnisse in Baden. In der badischen Gesellschaft für Wetter- und Klimaforschung" behandelte der Assistent der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe, Dr. Walsch, das Thema der Schneeverhältnisse in Baden, auf Grund 20jähr. Mittelwerte, die der bad. Landeswetterwarte zur Verfügung stehen. An Hand von graphischen Darstellungen und Karten konnte man die Schwankungen der Schneehöhen zu verschiedenen Jahreszeiten in verschiedensten Höhenlagen des Landes deutlich erkennen. So fällt z. B. im südlichen Schwarzwald, im Feldberggebiet der erste Schnee in der Regel im September oder Anfang Oktober, am Fuße des Gebirges, also im Rheintal, tritt der erste Schneefall im Mittel am 20. November auf, der letzte am 20. April, während auf den Höhen noch letzte Schneefälle Ende Mai auftraten. Auf Grund einer vom Redner erdachten Formel errechnete er sich die „Stärke des Winters“ für die einzelnen Beobachtungsstationen in Baden, und zwar ergibt sich eine Inverzahl hierfür aus der Formel: Anzahl der Tage mit Schneefall multipliziert mit der Summe der täglich gefallenen Schneehöhe, das Ganze dividiert durch 10 000. Es ergaben sich auf Walsch folgender Berechnung Normal-Inverzahlen für Kaltenbronn (am Fuße des Hohloß) von 44,6 für Herrmanns von 32,5 und für den Feldberg (1289 Meter Meereshöhe) 22,8, für Karlsruhe von 0,23. Auf dem Feldberg betrug das Inver-Maximum 461,5, welches in dem schneereichsten Winter dieses Jahrhunderts, im Winter 1906/07 erreicht wurde. Die Zahl der Tage, an denen sich eine Schneedecke

gelöst, als an der Stelle der Post in früheren Zeiten bekanntlich die alte Grenabierkaserne stand. Man glaubt, die Arbeiten derart fördern zu können, daß das Denkmal und mit ihm ein neues Wahrzeichen der Stadt aus Anlaß des im Sommer 1925 stattfindenden Leigrenadiertages enthüllt werden kann.

Hinweise. Gemäß den Beschlüssen des Vereins südwestdeutscher Zeitungsverleger sind die Zeitungen gehalten: Kurze Hinweise im redaktionellen Teile des Blattes auf Veranstaltungen von Vereinen (auch Sportclubs), ebenso Vorträge und Vorstellungen aller Art nur in Verbindung mit einer Anzeige am Tage oder Vorlage des Statistisches der Veranstaltung aufzunehmen. Diese kurzen Hinweise dürfen keine Angabe über Eintrittsgeld, Kartenerlauf, Beginn usw. enthalten. Eine Ausnahme findet nur statt bei Veranstaltungen von nationaler und kultureller Bedeutung, wenn es sich um eine Wohltätigkeitsveranstaltung handelt.

Widmung von Zahlungsmitteln nach dem Ausland. Durch Einschränkung der Devisenregelung trat entgegen anderslautenden Mitteilungen in der Presse, für die persönliche Widmung von Zahlungsmitteln nach dem Ausland im Reiseverkehr eine Erleichterung nur insofern ein, als der hierfür freigegebene Betrag von 500 Goldmark wieder in voller Höhe in inländischen Zahlungsmitteln, ausgenommen Metallgeld, mitgenommen werden kann. Für höhere Beträge bedarf es nach dem geltenden Recht noch der Genehmigung des zuständigen Finanzamtes.

Einreiseerlaubnis nach dem Elsaß. Der „Kehler Zeitung“ zufolge ist in Straßburger Blättern zu lesen, daß infolge eines von den zuständigen Behörden unternommenen Schrittes die Einreiseerlaubnis nach dem Elsaß in diesem Jahre bereits vom 1. Dezember ab erteilt wird. Jeder Deutsche, der die Erlaubnis erhalte, werde 4 Tage im Elsaß bleiben können.

Dienstauszeichnung. Dem städtischen Hafendirektor Jakob Sebold wurde das Ehren Diplom der Landeshauptstadt für 25jährige treu geleistete Dienste verliehen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heidelberg, 24. Nov. In Gegenwart des Staatspräsidenten Dr. Hellpach beging die Ruperta Carola am Samstag ihre Stiftungsfeier. Der bisherige Rektor Geheimrat Kallius, erstattete den Jahresbericht. Darnach betrug die Zahl der Studierenden (einschließlich Hörer) im vorigen Wintersemester 2812, im Sommersemester 2539 und gegenwärtig 2130. Leider hatte die Universität im verfloffenen Jahre den Tod einer Reihe namhafter Professoren zu beklagen. Was die wirtschaftliche Lage der Hochschule anlangt, so ist man in der Hauptsache immer noch auf die private Wohltätigkeit angewiesen. Die Gesellschaft der Freunde der Universität hat bis heute die statliche Summe von 38 000 Mark aufgebracht. Einen gedeihlichen Fortgang nehmen die Wohlfahrts-einrichtungen. Der neue Rektor Geheimrat Hampe behandelte in seiner Antrittsrede die Gestalt Friedrich II. von Hohenstaufen im Spiegel der Zeiten.

Dr. Ettlingen, 24. Nov. Der vom Landesgeschäftler gefällte Schiedspruch für die Textilarbeiter Baden wurde bekanntlich von den Arbeitgebern mit Mopper Mehrheit angenommen. Die Arbeitgeber des Altals lehnten wie der „Badische Landmann“ berichtet, die Ausbezahlung der Lohnrückzahlung ab mit der Begründung, daß zuerst die Ettlinger Ortszulage abgebaut werden soll. Die Gewerkschaften haben aber Schritte unternommen, um der Arbeiterschaft Lohnrückzahlung zu lassen.

* Lehr, 25. Nov. Bei der Einfahrt des von Lehr Stadt kommenden Personenzugs Nr. 1448 in den Bahnhof Lehr-Dinglingen entgleisten am geitigen Montag die drei letzten Wagen des Zuges. Personen sind nicht verletzt; auch ist keine Betriebsstörung eingetreten.

Dr. Friedrichshafen, 23. Nov. Am Samstag, den 20. Nov. wird die Stadt Friedrichshafen in einem Bankett die Feier des 100jährigen Jubiläums der Baden-Schiffahrt begehen. Verschiedene Gäste, Vertreter der Behörden aus Stuttgart und den Bodenseestädten werden daran teilnehmen. Am nächsten Tag erfolgt eine Feiertag mit einem Sonderdampfer nach Rommshorn und Rorschach.

Ludwigschafen a. Rh., 24. Nov. Die badische Anilin- und Sodafabrik gibt folgendes bekannt: Obwohl wir den auf den Guttschienen (Dollarschneide der badischen Anilin- und Sodafabrik) aufgedruckten Verfalltermin 1. April 1924, feinerzeit in ausreichendem Maße verlängert und die Scheine wiederholt aufgerufen haben, gehen uns noch immer Anträge auf nachträgliche Einlösung früherer Beträge zu. Wir geben daher bekannt, daß wir solche Anträge vorbehaltlich der Prüfung jedes einzelnen Falles in entgegenkommender Weise bis 31. Dezember 1924 berücksichtigen werden.

erhält, beläuft sich im Mittel in Karlsruhe auf 21, auf dem Feldbergerhof auf 108. In Karlsruhe ergab der schneereichste Winter nur 7 Tage mit Schneedecke, der schneereichste 88 solcher Tage. Das Hornsarindegebiet, in dem sich keine dauernde Nehsitation befindet, dürfte eine Inverzahl von 90 bis 100 aufweisen. Im Durchschnitt kann man die Gebirgsbereiche als für den Winterport geeignet ansehen, die mindestens eine Inverzahl von 10 aufweisen. Im Mittel ist dies im Nord-Schwarzwald bei 600 bis 650 Meter Meereshöhe, im Südschwarzwald bei 700 Meter der Fall. Höchst merkwürdig ist die auch von amerikanischen Meteorologen in amerikanischen Gebirgen gemachte Beobachtung des Einflusses der Sonnenflecken auf den Schneereichtum der Winter. Jahren mit Sonnenfleckenmaxima folgen in der Regel schneereiche Winter (wie z. B. 1894, 1906/07, 1916/17). Jahren mit Sonnenfleckenminima in der Regel schneearme Winter 1898/99, 1911/12, 1918/14). Es gibt natürlich auch Ausnahmen und eben der verfloffene Winter kann als schneereich bezeichnet werden, trotzdem wir in einer Periode der Sonnenfleckenminima bis 1923 stehen. Am Schlusse seiner Ausführungen zeigte der Vortragende noch eine Zahl Wästelbilder vom Observatorium auf der Zugspitze, sowie Winteraufnahmen vom Feldberg.

Dr. der Forstwissenschaft. Die forstwissenschaftlichen Hochschulen in Preußen wurden nunmehr den Universitäten, Technischen, Landwirtschaftlichen und Tierärztlichen Hochschulen gleichgestellt und können jetzt den Titel Dr. der Forstwissenschaft erlangen.

Prof. Silbebrand †. Der Berliner Maler Professor Silbebrand ist im 91. Lebensjahre gestorben. Er gehörte 46 Jahre der Berliner Akademie der Künste an, die ihn 1900 zum Senator wählte.

Heijermans †. Der bekannte holländische Dichter Hermann Heijermans verschied Sonntag vormittag in Janboort bei Amsterdam plötzlich. Der Verstorbene hätte in einigen Tagen seinen 60. Geburtstag feiern können.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	25. Nov.		24. Nov.	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	168.63	169.47	168.58	169.22
Kopenhagen 100 Kr.	73.67	74.03	73.77	74.13
Italien 100 L.	18.15	18.25	18.14	18.24
London 1 Pf.	19.39	19.49	19.35	19.45
Neuport 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	22.16	22.27	22.18	22.30
Schweiz 100 Fr.	80.87	81.27	80.85	81.25
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.93	5.91	5.93
Prag 100 Kr.	12.61	12.67	12.63	12.69

Stellung überall 100 Prozent
Störzheimers Bankverein A.G. Das bisherige Grundkapital von 45 Millionen Reichsmark Stammaktien und 900 000 Reichsmark Vorzugsaktien wurde unter Schaffung einer offenen Reserve von 30 000 M. auf 300 000 M. Stammaktien zusammengelegt. Die 900 000 Reichsmark Vorzugsaktien werden eingezogen. Das Institut hat große Verluste an Vorkriegswerten in den ehemals feindlichen Ländern erlitten und mußte eine Liquidierung der Substanzwerte zwecks Befriedigung der Gläubiger bis 1921 vornehmen. Das bei der Sanierung im Herbst 1921 gebildete Kapital von 3 Millionen Papiermark hatte nur einen Goldwert von 100 000 Reichsmark. Für kommenden Frühjahr ist eine Erhöhung des Aktienkapitals in Aussicht genommen.

Deutsche Steingewerkschaft für Kanalisation und Chemische Industrie Friedrichsfeld in Baden. In der Ausschreibung legte der Vorstand die Goldmark-Eröffnungsbilanz vor, welche ein Vermögen von 4 950 000 Goldmark ausweist und schlägt für den 21. November 1924 in Friedrichsfeld stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung vor, das jetzige Grundkapital von 80 000 000 Papiermark auf 4 500 000 Goldmark herabzusetzen und den Betrag von 450 000 Goldmark dem Reservefonds-Konto zu überweisen. Die Stammaktien und die zweistimmigen, nicht obligatorischen Vorzugsaktien, welche über je 1000 Reichsmark lauten, sollen auf 150 Reichsmark abgestempelt werden. Das umgestellte Grundkapital würde demnach bestehen aus: 28 500 Stück Stammaktien zu je 150 Reichsmark = 4 275 000 Reichsmark, 1500 Stück Vorzugsaktien zu je 150 Reichsmark = 225 000 Reichsmark.

Eine Wärmemesse in Leipzig. Auf Anregung industrieller Kreise findet gleichzeitig mit der Leipziger technischen Messe vom 1. bis 11. März 1925 eine Spezial-Wärme-Messe statt. Daneben wird eine Brauntohlenfachmesse, die vom mitteldeutschen Brauntohlen Syndikat im Frühjahr 1924 erstmalig veranstaltet war, in wesentlich größerem Rahmen durchgeführt werden.

Verschiedenes

Die Rückkehr Dr. Eckners

Zur Begrüßung des aus Amerika zurückkehrenden Führers des J. N. S. Dr. Eckner, waren am Sonntag nachmittag Vertreter des Reiches, des Staates, der Presse und der Wissenschaft dem Dampfer „Columbus“ bis zum Leuchtturm Roter Sand entgegengefahren. Im Rauchsalon des Schiffes fanden große Ovationen für Dr. Eckner statt. Die Ankunft Dr. Eckners in Bremen erfolgte Montag vormittag. Um 12 Uhr fand im Raminisaal des Rathauses im engen Kreise der vorläufige Empfang Dr. Eckners durch den Senat statt. Montag abend gegen 11 Uhr traf Dr. Eckner von Bremen kommend, im Auto in Berlin ein. Etwa 100 Personen, die sich vor dem Hause am Kurfürstendamm, wo Dr. Eckner abgestiegen ist, angesammelt hatten, brachten ihm Ovationen dar. Dr. Eckner geht bis Anfang nächster Woche in Berlin zu bleiben.

Letzte Nachrichten

Der Fall Rathusius

WTW. Paris, 25. Nov. Der Matin berichtet: In den Verhandlungen der Kammer habe man gestern sich sehr eingehend mit dem Fall Rathusius beschäftigt. Man sei der Ansicht gewesen, daß die Regierung ohne Zweifel dem Präsidenten der Republik die Begnadigung des deutschen Generals vorschlagen werde. Die Frage werde jedenfalls in der nächsten Zeit im Ministerrat besprochen werden. Der „Quotidien“ behauptet sogar, die Begnadigung des deutschen Generals werde noch heute vormittag dem Präsidenten der Republik zur Unterzeichnung vorgelegt werden.

Badisches Landestheater. Mittwoch, 26. Nov. 7 u. 9, 10 Uhr. Sp. I. M. 4.50. Abonn. F. 9. Th.-Gem. B. V. B. Nr. 4801-5000, 6701-7200.

Gyges und sein Ring.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus

Mittwoch, den 26., Donnerstag, den 27. und Freitag, den 28. November, 8 Uhr abends, Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags

Erstaufführung

Gefahren der Berge

Alpinist, D. 776

ihre Gefahren und deren Verhütung

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße

Konzerthaus geheizt

Versierter, bei der Verbraucherkundschaft bestens eingeführt

Vertreter für Südbaden

von größerer rheinischer Tempergießerei gesucht. Angebote unter D. 771 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Bücheranzeigen

„Auf den Inseln des ewigen Frühlings.“ In seinem neuesten Buch „Auf den Inseln des ewigen Frühlings“, das soeben als Band 27 der bekannten Sammlung „Reisen und Abenteuer“ (Brockhaus, Leipzig, geb. G.M. 2.50) erscheint, führt der bekannte Forscher Dr. Arthur Berger den Leser nach den Hawaii-Inseln, über die wir recht wenig wissen, obwohl sie einen wichtigen Teil des Gebiets der Vereinigten Staaten bilden. Sehr dankbar sind wir dem Verfasser, daß er uns mit dem Napoleon der Südsee bekannt macht, mit dem tatkräftigen Häuptling Komehameha. Als kleiner Häuptling fing der Herrscher an und durch kluge Ausnutzung der zufällig nach Hawaii geratenden Europäer gelang es ihm, mit Gewalt und Güte die einzelnen Häuptlinge unter seine Oberhoheit zu bringen. Vor etwa hundert Jahren starb der Herrscher hochbetagt als Friedensfürst und hinterließ seinen schwachen Nachfolger ein blühendes Land. Er war eine seltene Kraftnatur, deren wechselvolles Schicksal man dank der lebendigen Schilderung mit großem Interesse verfolgt. Auch dieser Band ist mit ausgezeichneten Bildern und Karten reich ausgestattet und reißt sich den früher erschienenen Bänden der wertvollen Brockhaus-Sammlung würdig an. Das wirkungsvolle bunte Einbandbild macht uns mit einem kühnen Sport der Hawaii-Inselaner bekannt.

Kulturkunde. Herausgegeben von R. Schardt, Schularat in Biedentopf, 2. Auflage. (Mit 99 Abbildungen auf 24 Taf., 168 S.; geb. 8.00 Reichsmark. W. G. Teubner, Leipzig.) — Von Tag zu Tag drängen sich dem heranwachsenden Kinde aus seiner Umwelt immer neue Fragen und Rätsel auf, über die es bei den Eltern und Erziehern flüchtig und unzureichende Antworten sucht. Die jetzt in zweiter Auflage erscheinende, und mit zahlreichen Abbildungen geschmückte Kulturkunde Schardts weist Wege, wie man die kleinen Fragesteller über die wichtigsten Kulturerscheinungen und ihren Zusammenhang aufklären kann.

Vorgeschichte Europas. Grundzüge der alturopäischen Kulturentwicklung. Von Professor Dr. H. Schmidt. Bd. I: Stein- und Bronzezeit. Mit 8 Tafeln und 2 Beilagen. (Aus Natur- und Geisteswiss. Band 571. W. G. Teubner, Leipzig.) — Das Buch gibt einen umfassenden Überblick über die vorgeschichtliche Kulturentwicklung Europas von ihren Anfängen in der Eiszeit bis zum Eintritt der Germanen und Slaven in die Geschichte, hauptsächlich auf Grund der materiellen Kulturreste aus dieser jahrtausende langen Entwicklung, von denen 12 in den Gang der Beschreibung eingegliederte Tafeln ein anschauliches Bild geben.

Deutsche Volkskunde im Grundriß. Von Prof. Dr. A. Reuschel. II. Teil: Sitten, Brauch und Volkskunde. Sachliche Volkskunde. (Aus Natur und Geisteswiss. Band 645. W. G. Teubner, Leipzig.) — Die Einleitung setzt sich mit neueren Schriften über volkskundliche Fragen auseinander und führt so auch den Nichtfachmann bequem in die heute hauptsächlich umstrittenen Probleme der Volkskunde ein. Reichliche Literaturangaben und ein Sachregister befriedigen alle Ansprüche, die man an einen wissenschaftlichen Grundriß stellt.

Das alte Haus. Ein Märchenbuch für Kinder zum Vorlesen. Von Wilhelm Matthies. Mit 25 Bildern von Adolf Schinnerer. (Die Bilderei der Lebensalter. In Verbindung mit Kreisfiskalrat Joseph Anz und Dr. Gustav Redels herausgegeben von Dr. Leo Weismantel.) Freiburg i. Br., Herder. Geb. G.M. 4.50. — Des Autors Absicht war, kindliche Sprache und kindliches Denken in reiner bildlicher Form zur Geltung zu bringen. Und wirklich bedeuten diese Märchen etwas Neues in der deutschen Literatur, wie schon der erste Blick in das Buch zeigt. Und das zudem ein Graphiker wie Adolf Schinnerer dazu die Bilder gezeichnet hat, darf man das Beste erwarten. Dieses Märchenbuch verdient Gemeingut des ganzen deutschen Volkes zu werden.

Von den überflüssigen Dingen. Ein Führer durch das Reich der okkulten Forschung von Gerhard Wagner. (323 Seiten. Gebunden G.M. 5.50, Verlag Felix Meyer, Leipzig.) — Hier wird zum ersten Male das ganze Gebiet der okkulten Tatkraften, die bunte Mannigfaltigkeit des Materials in der vollen Breite der bezuglichen Phänomene behandelt. Die bekannte okkultistische Literatur ist viel zu stark eingestellt auf die Diskussion der Theorien, oder viel zu sehr mit der Bearbeitung des Einzelstoffes beschäftigt, als daß sie diese notwendige und interessante Übersicht über das gesamte Material bisher hätte leisten können. Weit verstreutes und zum Teil unzugängliches Material wird von Wagner herangezogen, so daß ein Gesamtbild von den okkultistischen Manifestationen entsteht, wie es bisher nirgends vorlag.

Pflanzen und Jäten im Kinderbergen. Erlebtes und Erfahrenes für Mütter und Erziehenden, erzählt von Marie Coppin u. a. (4. Auflage, 148 Seiten, geb. 2.80 Reichsmark; Verlag W. G. Teubner, Leipzig.) — Ein wirkliches Schatz-

kästlein ist dieses Buch, in dem die Verfasserin mitteilt, was sie in langjähriger Tätigkeit als Leiterin von Kleinkindererziehungsanstalten aus den an sich so kleinen Erlebnissen mit Kindern an psychologischen Beobachtungen und pädagogischen Erfahrungen gesammelt hat.

„Die Insel der verlorenen Schiffe.“ Roman von Crittenden Marriot. Ins Deutsche übertragen von Ottomar Reichard (Kurt Gellisch, Verlag, Berlin). — Witten im Atlantischen Ozean, von uralten Seemannsfagen umwohen, liegt das Sargassomeer, eine gewaltige von Algen bedeckte Wasserfläche, von der Schiffahrt ängstlich gemieden. Schon Columbus, der den Nord und Süd, in Ost und West auf den Meeren strandet, wird früher oder später in das Sargassomeer hineingetrieben. In diese geheimnisvolle Welt führt uns Crittenden Marriots lässige Phantasie. Sein Roman ist die richtige phantastische Abenteuergeschichte, literarisch anspruchslos, aber fesselnd.

Karin Michaelis: Die sieben Schwestern. (Gustav Kiepenheuer Verlag, Potsdam.) — Sieben Schwestern — sieben Frauen, die voneinander so verschieden wie nur möglich sind, berichten einander in Briefen über ihr Leben — das ist das Buch. Für Frauen fortschrittlicher Oberbank sehr interessant.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
 Richtlinien über die Gewährung von Darlehen zur Aufrihtung ihrer Existenz an Ausgewiesene von Rhein und Ruhr.

Die in der Bekanntmachung vom 14. Oktober 1924 (Staatsanzeiger vom 16. Oktober) festgesetzte Anmeldefrist für Anträge auf Gewährung von Darlehen ist um 1 Monat verlängert worden, so daß als letzter Anmeldebetag der 30. November 1924 zu gelten hat.

Karlsruhe, den 21. November 1924.
 Der Minister des Innern
 Kemmle

Bekanntmachung

Die Umlage zur Gebäudeversicherungsanstalt für das Geschäftsjahr 1924.

Die Umlage zur Gebäudeversicherungsanstalt ist auf Grund der Berechnung des Verwaltungsrats der Anstalt für das Geschäftsjahr 1924 auf 18 Reichsmark pro je 100 Reichsmark Versicherungssumme festgesetzt worden. Die Umlage ist in zwei Teilbeträgen, die erste Rate fällig innerhalb einer Woche nach Anforderung (Fristbeginn auch bei früherer Aufstellung des Forderungszettels: 1. Februar 1925), die zweite Rate auf 1. Juli 1925 zu entrichten. Beträgt die Umlage 6 Reichsmark oder weniger, so ist sie binnen 1 Woche in ganzer Summe zu bezahlen. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung der Umlage erfolgt Betreibung.

In der festgesetzten Umlage ist die Gebäudeversicherungssteuer, die von den Versicherungsnehmer zu tragen ist, begriffen.

Karlsruhe, den 24. November 1924.
 Der Minister des Innern
 Kemmle

Bekanntmachung

Die Gendarmeriebezirke Stühlingen, Mählingen und Untereggenen wurden aus dienstlichen Gründen vom Gendarmeriebezirk Waldsloh abgetrennt und zu einem neuen Gendarmeriebezirk „Stühlingen“ mit Stühlingen als Hauptstation und Bezirksort vereinigt.

Karlsruhe, den 21. November 1924.
 Der Minister des Innern
 Kemmle

Der zwischen der abgeforderten Gemarung Schloß Hegne und der Gemeinde Dorf Hegne, Amtsbezirk Konstanz, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeforderten Gemarung mit der Gemeinde Dorf Hegne mit Wirkung vom 1. Januar 1925 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 21. November 1924.
 Der Minister des Innern
 Kemmle

Postbezieher

Die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat Dezember noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.

Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, Stahlmatrizen, an Private, Bequeme Bedingungen. Katalog 78 R. frei.

Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenpest, hier Verbot des Viehmarktes in Raffatt am 25. November 1924.
 Wegen der im Amtsbezirk Raffatt herrschenden Maul- und Klauenpest wurde die Abhaltung des auf Dienstag, den 25. November fallenden Viehmarktes (Raffattinnenmarkt) in Raffatt untersagt. P. 312 Karlsruhe, den 22. November 1924. D. 314 Bezirksamt Abt. IIb.

Holzverleihe der Stadtgemeinde Engen.

Das staatliche Forstamt Engen hat den Durchschnittspreis für 1 Fm. Fichtenholz III. Klasse auf Mark 23.78 festgestellt. Hieraus berechnet sich der Geldwert für die am 1. Dezember 1924 fälligen Jahreszinsen aus der 6%igen Holzverleihe pro Fm. auf Mark 1.42. Die fälligen Zinscheine werden nach Abzug von 10% Kapitalertragssteuer wie folgt eingeteilt:

Für 5 Fm. mit Mark 6.39	
„ 2 „ „ 2.56	
„ 1 „ „ 1.28	
„ 1/2 „ „ 0.64	
„ 1/4 „ „ 0.32	
„ 1/8 „ „ 0.17	

Die Einlösungstellen sind auf den Zinscheinen angegeben. D. 772 Engen, den 20. November 1924.

Gemeinderat.

Stadtassistenten,

beivandert im Schalterdienst, Führung des Hauptbuches und im Rechnungswesen und allen einschlägigen Arbeiten sucht Stelle auf 1. Januar 1925 evtl. auch früher. Anfragen an Stadtkasse Wiesloch erbeten.

Ratschreiber und Grundbuchhilfsbeamter

in allen Zweigen des Verwaltungswesens, Grundbuch- und Rechnungswesens erfahren sucht wegen Abbaus Ratschreiber- oder Rechnungswesenstelle in einer Randgemeinde. Golt. werden auch mehrere Orte zusammen versorgt. Prima Zeugnisse. Für Nachweis einer geeigneten Stelle 100 G.-M. Belohnung. Offert unter D. 774 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

J. 308. Baden.

Der Architekt Karl Wegger in Baden hat das Angebot des abhandlungsbekanntgebenen Hypothekendarlehs vom 12. März 1925 über die im Grundbuch von Baden, Band 213 Heft 2127, dritte Abteilung Nr. 4 auf dem Grundstück Gb. Nr. 1390c, Gemarung Dos, Große Dollenstraße, zu-

gunsten der Stadt. Spar-

kasse Drucksal eingetragenen Darlehenshypothek über 16 500 Reichsmark nebst Zinsen beantragt. Der Inhaber der Rente wird gem. § 1008 C.P.D. aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, 18. März 1925, vorm. 9 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht — Zimmer 19 — stattfindenden Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird. Baden, 17. Nov. 1924. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Lieferung von Dienstbüten

Das Bad. Wasser- und Straßenbauamt Sinsheim vergibt die Lieferung von 86 Stück Dienstbüten für die Straßewartler des Kreises Heidelberg. Die Büten sollen von besserer Beschaffenheit und mit der bad. Kolarde versehen sein. Angebote sind unter Anschluss eines Musterbütes, der bei Nichtübertragung der Lieferung zurückgegeben wird, bis 5. Dezember d. J. 1924, portofrei an uns einzufenden. P. 314

Jagd-Verpachtung.

Die Gemeinde Gschwend verpachtet am Montag den 1. Dezember nachm. 2 Uhr auf dem Ratszimmer daselbst auf ihrer gesamten Gemarung mit einem Flächeninhalt von 1183 ha die Jagd auf weitere 9 Jahre. Als Pächter werden nur solche Personen zugelassen, welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden oder durch ein schriftliches Zeugnis der Behörde nachweisen, daß gegen die Erteilung des Jagdpasses ein Bedenken nicht abwaftet. D. 770.2.1 Gschwend, 16. Nov. 1924. Der Gemeinderat. J. A.: Paris, Ratschreiber

Brennholzversteigerung.

Das Forstamt Philippsburg versteigert am Freitag, den 28. November d. J., vormittags 9 Uhr im „Roff“ in Kirrlach aus Domänenwald Untere Luffhardt Abt. 39, 40 und 45: 328 Ster meist forstliche Brennholz und 10630 Stück meist forstliche. P. 333 Nähere Auskunft erteilt Forstwart Gb. Martus in Kirrlach.